

Herrn Bundesminister
Christian Lindner, MdB
Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Per E-Mail: Poststelle@bmf.bund.de

Berlin, 22.09.2022

Dramatische Folgen der Energiekostensteigerungen für Schutzeinrichtungen und Fachberatungsstellen im Frauengewaltschutz

Sehr geehrter Herr Bundesminister Lindner,

mit großer Besorgnis verfolgt Frauenhauskoordinierung (FHK)¹ die Entwicklung der Energiekosten- und Preissteigerungen bei Treibstoff, Dienstleistungen und Lebensmitteln. Dies bedroht den Betrieb von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen. Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen ihre Räume (Wohn-, Schlaf-, Speiseräume, Sanitäreinrichtungen und Gemeinschaftsräume sowie Beratungszimmer und Büros) beheizen und mit Strom versorgen. Viele dieser Kosten werden durch die Sozialleistungen der Bewohner*innen bzw. pauschale Förderung refinanziert. Auch vereinbarte sog. Tagessätze können die explodierenden Kosten nicht annähernd decken. Hier klafft in Fällen geringerer Belegung die Finanzierungslücke noch weiter auseinander. Ähnlich verhält es sich bei zuwendungsgeförderten Einrichtungen. Deren Kostenpläne beruhen auf Kalkulationen, die zeitlich vor den genannten Entwicklungen lagen.

Die Gewaltschutzräume müssen jedoch davon unabhängig vorgehalten werden und betriebsfähig sein. Dies gilt auch für Beratungsstellen gegen häusliche Gewalt und/oder sexualisierter Gewalt, die ebenfalls in ihrer Existenz bedroht sind.

Entgeltverhandlungen und Nachbewilligungen folgen engen Regeln und unterliegen zeitaufwändigen Verfahren. Diesen „Spielregeln“ kann jedoch angesichts der Dramatik der Preisentwicklung nicht weiter gefolgt werden, da die genannten Einrichtungen sonst vorher schließen müssen. Den Trägervereinen droht die Zahlungsunfähigkeit, da sie als gemeinnützige Vereine keine ausreichenden Rücklagen ansammeln dürfen und über keine liquiden Mittel verfügen.

¹ Frauenhauskoordinierung e. V. (FHK) wurde auf Initiative der Wohlfahrtsverbände (AWO Bundesverband e. V., Diakonie Deutschland, Paritätischer Gesamtverband e. V., Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V./Deutscher Caritasverband e. V.) gegründet, um sich im Auftrag der Mitglieder für den Abbau von Gewalt gegen Frauen und für die Verbesserung der Hilfen für betroffene Frauen und deren Kinder einzusetzen. FHK koordiniert, vernetzt und unterstützt das Hilfesystem, fördert die fachliche Zusammenarbeit und bündelt Praxiserfahrungen, um sie in politische Entscheidungsprozesse sowie in fachpolitische Diskurse zu transportieren. Siehe auch: <http://www.frauenhauskoordinierung.de/>.



**FRAUENHAUS-
KOORDINIERUNG e.V.**

Frauenhauskoordinierung e.V. | Tucholskystraße 11 | DE-10117 Berlin | 030-3384342-0 | Fax 030-3384342-19 | info@frauenhauskoordinierung.de

Da die Kommunen selbst die gestiegenen Energiekostenpreise bewältigen müssen und der Gewaltschutz für Frauen nach wie vor eine sogenannte „freiwillige Leistung“ ist, sehen sich die Träger von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen schwierigen und wenig erfolgversprechenden Verhandlungen ausgesetzt.

Es drohen die Schließungen von Einrichtungen. In der Folge haben gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder noch weniger Schutz- und Beratungsmöglichkeiten. Es wird befürchtet, dass mit dem finanziellen und wirtschaftlichen Druck auf Familien auch die Fälle von häuslicher Gewalt steigen werden.

Bei Schließungen von sozialen Einrichtungen ist letztlich der soziale Frieden insgesamt in Gefahr.

Grundsätzlich muss gelten: Gewaltschutzeinrichtungen wie Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen auch in der Energiekrise zugänglich und nutzbar sein. Gestiegene Energiekosten müssen durch die Kostenträger vollständig übernommen werden. Diese Anlaufstellen müssen unter den Schutz von Rettungsschirmen und Entlastungspaketen gestellt werden.

Die Bundesregierung hat sich im aktuellen Koalitionsvertrag dem Thema „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ und der Umsetzung der von Deutschland ratifizierten Istanbul-Konvention verschrieben. Für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen als wichtige Einrichtungen für den Schutz und die Versorgung der gewaltbetroffenen Frauen und Kinder müssen entsprechende Unterstützungsmaßnahmen rechtlich abgesichert werden.

Wir bekräftigen das Schreiben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG-FW) vom 09.09.2022 sowie die dort beigefügten Vorschläge zur Schaffung schneller Auffanglösungen und Nachverhandlungsmöglichkeiten, die Ihnen ebenfalls zugegangen sind.

Gleichlautende Schreiben werden auch an Herrn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Frau Bundesfrauenministerin Lisa Paus und an Herrn Bundesarbeitsminister Hubertus Heil gesandt.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Herold
Geschäftsführerin
E-Mail herold@frauenhauskoordinierung.de

Christiane Völz
stellv. Vorstandsvorsitzende



**FRAUENHAUS-
KOORDINIERUNG e.V.**

Frauenhauskoordinierung e.V.
Association of Women's Shelters
Tucholskystr. 11
10117 Berlin
Mobil: +49 (0) 176-73 22 62 37